

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

21.1.1887 (No. 18)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 21. Januar.

№ 18.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

1887.

Amflicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordres vom 15. d. M. ist folgendes bestimmt worden:

Generalkommando 14. Armeecorps:
Treuemann, Generalmajor zur Disposition, in Kontrolle des Bezirkskommandos Rastatt, zuletzt Oberst und Inspektor der 6. Festungs-Inspektion, mit seiner Pension der Abschied bewilligt.

v. Biquan, Major vom 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, kommandirt als Adjutant bei dem oben genannten Generalkommando, mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 mit den bestimmungsmäßigen Abzeichen, zur Disposition gestellt.
Fehr, v. Blandart, Hauptmann und Kompagniechef vom 6. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 55, unter Versetzung in das 3. Ostpreussische Grenadier-Regiment Nr. 4, als Adjutant zum obigen Generalkommando kommandirt.

56. Infanterie-Brigade.

v. Melchior, Generalmajor und Kommandeur dieser Brigade, unter Beförderung zum Generalleutnant, zum Kommandeur der 1. Division ernannt.

v. Treslow, Generalmajor und Kommandeur der 2. Infanterie-Brigade, in gleicher Eigenschaft zu oben genannter Brigade versetzt.

2. Badisches Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm Nr. 110:
Michelot, Unteroffizier, zum Portepeeführer befördert.

1. Oberhessisches Infanterie-Regiment Nr. 22:
Sifken, Hauptmann und Kompagniechef, der Abschied mit der gesetzlichen Pension nebst Aussicht auf Anstellung im Civildienst und der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 8. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 57 mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen, bewilligt.

v. Diemar, Premierleutnant, zum Hauptmann und Kompagniechef —

v. Steuben, Secondelieutenant, kommandirt bei der Unteroffizierschule Marienwerder, zum Premierleutnant befördert.

5. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 113:
v. Braun und Fehr, Huber von Gleichenstein, Portepeeführer, zu Secondelieutenants —

3. Pausch, Unteroffizier, zum Portepeeführer befördert.

6. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 114:
Gansen und Westpfal, Portepeeführer, zu Secondelieutenants befördert.

4. Westfälisches Infanterie-Regiment Nr. 17:
Lefèvre, Portepeeführer, zum Secondelieutenant befördert.

4. Badisches Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112:
Weudt, Unteroffizier, zum Portepeeführer befördert.

1. Badisches Leib-Dräger-Regiment Nr. 20:
v. Beulwig, Major und Kommandeur dieses Regiments, zum Oberlieutenant befördert.

3. Badisches Dräger-Regiment Prinz Karl Nr. 22:
v. Heusch, Secondelieutenant, zum Premierleutnant befördert.

Kürmärktisches Dräger-Regiment Nr. 14:
Fehr, v. Schauenburg, Portepeeführer, zum Secondelieutenant befördert.

2. Badisches Dräger-Regiment Nr. 21:
Fehr, v. Baumbach und von Bohlen und Halbach, Portepeeführer, zu Secondelieutenants befördert.

1. Bataillon (Mosbach) 2. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 110:
Kredell, Premierleutnant von der Infanterie, zum Hauptmann befördert.

2. Bataillon (Heidelberg) 2. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 110:
Bogt, Premierleutnant von der Infanterie, unter Ertheilung der Erlaubnis zum Tragen der Landwehr-Armeuniform mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen, —

Tilleßen und Foerster, Premierleutenants, — von der Heyde, Secondelieutenant, — der Abschied bewilligt.

1. Bataillon (Bruchsal) 3. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 111:
Körner, Premierleutnant von der Kavallerie, der Abschied mit der Erlaubnis zum Tragen der Landwehr-Armeuniform mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen bewilligt.

2. Bataillon (Karlsruhe) 3. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 111:
Hofmann und Bock, Secondelieutenants von der Infanterie, der Abschied bewilligt.

1. Bataillon (Donauwörth) 6. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 114:
Rehe, Premierleutnant der Reserve des 2. Badischen Dräger-Regiments Nr. 21, der Abschied mit der Erlaubnis zum Tragen der Landwehr-Armeuniform mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen bewilligt.

Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 20. Januar.

Der neue englische Schatzkanzler Göschen, der Amtsnachfolger Lord Randolph Churchill's, hat gestern in Liverpool, wo er sich bekanntlich um das Parlamentsmandat bewirbt, seine Kandidatenrede gehalten. Seine Rede verbreitete sich auch auf das Gebiet der auswärtigen Fragen, und daß er dabei auf das Bestimmteste erklärte, die englische Regierung werde keinen Schritt thun, der sie von den kontinentalen Mächten trennen könne, dürfte geeignet sein, der günstigen Wendung, welche in letzter Zeit in Bezug auf die bulgarische Angelegenheit eingetreten ist, Vorschub zu leisten. Göschen trat zugleich dem Gerüchte entgegen, daß das englische Cabinet die Wiedereinsetzung des Fürsten Alexander von Battenberg auf den bulgarischen Thron begünstige. Er erklärte, wie der deutsche Reichskanzler für den Frieden arbeite, so auch England. England habe niemals daran gedacht, Europa in Verwirrung zu bringen einer Dynastie oder irgend einer einzelnen Persönlichkeit wegen. Die Regierung sei niemals weder mittelbar noch unmittelbar für Wiedereinsetzung des Fürsten Alexander von Bulgarien eingetreten. Was die Wahl des neuen Fürsten anlange, so bilde dafür der Berliner Vertrag die Grundlage der Politik der Regierung; letztere werde nichts thun, was sie von den Mächten trennen könnte, die thatsächlich an der Sache des Friedens arbeiteten. England stehe, obgleich es nicht seine Sache sei, die Initiative zu ergreifen, der Lösung der bulgarischen Frage keineswegs gleichgültig gegenüber.

Wie aus Antwerpen geschrieben wird, hat die nunmehr erfolgte definitive Bestätigung des dort errichteten deutschen Generalkonsulats in den Handels- und Geschäftskreisen der Stadt ungetheilte Befriedigung hervorgerufen.

Deutschland.

* Berlin, 19. Jan. Seine Majestät der Kaiser wohnte gestern Abend mit anderen hohen Herrschaften der Vorstellung im Schauspielhause bei, nach deren Schluß im königlichen Palais eine kleinere Theegesellschaft stattfand, an welcher auch Se. Königl. Hoheit der Prinzregent von Braunschweig, Prinz Albrecht von Preußen, und mehrere distinguirte und hochgeachtete Personen theilnahmen. Im Laufe des heutigen Vormittags ließ Se. Majestät vom Oberhof- und Hausmarschall Grafen Perponcher sich Vortrag halten und empfing die Kommandanten v. Spandau und Frankfurt a. M., Generalleutenants v. Schlopp und v. Dinklage, den Kommandeur der 6. Division, Generalleutnant Grafen v. Haefeler, den Traininspektor Generalleutnant v. Kuylenstierna, den zum Oberstleutnant beförderten Militärbevollmächtigten bei der hiesigen königl. sächsischen Gesandtschaft v. Schlieben und mehrere andere höhere Offiziere zc. Mittags arbeitete der Kaiser längere Zeit mit dem Chef des Civilkabinetts, Wirkl. Geh. Rath v. Wilnowski, erledigte alsdann noch mehrere Regierungsangelegenheiten und speitete später mit Ihrer Majestät der Kaiserin allein im königlichen Palais.

Nach Potsdam kam diesen Mittag der Abgesandte des Kaisers von Japan, Prinz Akihito Komatsu No Miya mit seinem Oberhofmeister, seinen beiden Adjutanten, dem japanischen Geschäftsträger in Berlin und dem Attaché der japanischen Gesandtschaft und wurden am Bahnhofe im Auftrage Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm von dem persönlichen Adjutanten Major v. Krosigk empfangen und in einem zweispännigen Galawagen nach dem Stadtschloß überführt. Im Hofe des Schlosses war das Trompetercorps des Garde-Husaren-Regiments aufgestellt und blies beim Nahen des kaiserlichen Prinzen von Japan den Fürstentritt. Der Prinz stieg mit seinen Begleitern und dem Staatssekretär des Auswärtigen, Grafen Herbert Bismarck, an dem Eingang ab, der zur Wohnung des Prinzen-Wilhelm führt resp. zu den Staatsgemächern der ersten Etage. Am Eingang zu diesen erwartete ihn der Hofmarschall von Liebenau und führte ihn in das blaue Staatsgemach. Hier blieb die Begleitung, und dann geleitete der Chef des Prinzlichen Hofes den Abgesandten und den japanischen Geschäftsträger, der als Dolmetsch diente, in das daneben gelegene gelbe Audienzszimmer. Hier stand Seine Königl. Hoheit Prinz Wilhelm in der Uniform des Garde-Husaren-Regiments, mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens. Der Abgesandte des Kaisers von Japan, Prinz Akihito Komatsu No Miya, richtete eine kurze Rede in japanischer Sprache an den Prinzen Wilhelm, die der Geschäftsträger dem Prinzen verdutschte, ebenso, wie er den Dank des Prinzen in deutscher Sprache an den japanischen Prinzen in dessen Landessprache übersezte. Den Orden übergab der japanische Prinz Akihito Komatsu No Miya in einem Ein von schwarzem Lack mit goldenen Ornamenten und rothseidenen Quasten, darin lagen die Ordensinsignien am pupurrothen blaugrünen Bande. Nach der Ueber-

reichung wurde das Gefolge eingelassen und von dem japanischen Prinzen seiner Königl. Hoheit dem Prinzen Wilhelm vorgestellt. Darauf war großes Frühstück, die Tafel mit dem vergoldeten Silberservice der preussischen Städte im Bronzesaal servirt. Die Hofdienerschaft war in Gala. Außer dem Prinzen Akihito Komatsu No Miya und seinem Gefolge hatten zum Dejeuner Einladungen erhalten der Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Herbert Bismarck, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Staatsminister Dr. Achenbach, Regierungspräsident v. Neefe, Polizeipräsident Wolffgramm, Oberbürgermeister Voie, die Generale und sämtliche Regimentskommandeure der Garnison Potsdam und der Adjutant des Garde-Husaren-Regiments Lieutenant v. Chelius.

Das Herrenhaus nahm heute die ihm von seiner Kommission vorgeschlagene Adresse an Seine Majestät an und wählte eine Deputation von 9 Mitgliedern, welche in Gemeinschaft mit den drei Präsidenten die Adresse seiner Majestät überreichen soll. Der (im Wesentlichen gestern bereits mitgetheilte) Inhalt der Adresse lautet: „Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König! Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Eure Kaiserliche und Königliche Majestät sind der Schöpfer des preussischen Heeres in seiner gegenwärtigen Gestalt. Durch dessen und unserer Bundesgenossen Heldenmuth haben Eure Kaiserliche und Königliche Majestät das Deutsche Reich in nie dagewesener Macht und Herrlichkeit wieder hergestellt, und gestützt auf die jetzt einheitliche deutsche Armee durch Allerhöchsteren Weisheit den Frieden Europas während langer Jahre erhalten. Gerade gegenwärtig sind die staatlichen Beziehungen der Völker Europas zu einander mannigfach so gespannt, daß die Gefahr nicht ausgeschlossen ist, auch das Deutsche Reich unerwartet in Krieg verwickelt zu sehen. Darum ist mit dem ganzen Lande das Preussische Herrenhaus tief bewegt, daß Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät nach einer so langen glorreichen und segneten Regierung der Schmerz nicht erspart ist, daß die Bewilligung der Mittel, welche Allerhöchstdieselben und die verbündeten deutschen Regierungen in einem solchen Augenblicke zur vollen Wehrhaftigkeit der deutschen Armee erforderlich halten, an eine Einschränkung geknüpft wurde, welche dem auf wiederholten Kompromissen beruhenden Herkommen entgegen, von Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät für unannehmbar gehalten und in Folge davon die Auflösung des Reichstags für geboten erachtet wurde. Gernhen Eure Kaiserliche und Königliche Majestät es gnädig aufzunehmen, wenn wir unser erstes Wort nach unserem Zusammentritt an Allerhöchstdieselbe mit der ehrfurchtsvollen Versicherung richten: daß wir, wie allezeit, so auch in der gegenwärtigen Lage, ganz und freudig zu Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät stehen, wenn wir Allerhöchstdieselben den allerunterthänigsten Dank darbringen für die treue Sorge der unergründlichen Erhaltung und nothwendigen Fortbildung des deutschen Heeres, und wenn wir endlich Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät die Zuversicht aussprechen: daß dem preussischen Volke kein Opfer zu schwer sein wird, das Heer dauernd bei der Wehrhaftigkeit zu erhalten, jede dem Vaterlande drohende Gefahr abzuwenden.“ Die Deputation wird aus folgenden Herren bestehen: Graf York von Wartenberg, Voie, Herzog von Ujest, Graf Hensel von Dommersmark, Graf von Brühl, Graf von Dyhrn, Graf Lehndorf und von Dehending.

Das Abgeordnetenhaus beriet in seiner heutigen Sitzung zunächst den Antrag der Abgg. Dr. Lieber und Genossen wegen Vermehrung der Zahl der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten. Nachdem der Antragsteller unter Hinweis auf die bekannte ähnliche Resolution des Reichstags des Näheren darzulegen gesucht, daß eine Vermehrung dieser Beamtenkategorie eine absolute Nothwendigkeit sei, stellte Regierungskommissar, Unterstaatssekretär Magdeburg, eine eingehende Prüfung des Antrags in Aussicht, betonte indeß, daß bisher an das Handelsministerium von keiner Seite ein Antrag auf eine Vermehrung der Fabrikinspektoren eingegangen, und daß, nachdem auf dem Gebiete der Unfallverhütung recht Erhebliches seitens der Berufsgenossenschaften in Angriff genommen, von einer an sich vielleicht wünschenswerthen Vermehrung der Zahl der Fabrikinspektoren zur Zeit wohl Abstand zu nehmen sein werde. Abg. Goldschmidt erklärte, daß die freisinnige Partei dem Antrage durchaus sympathisch gegenüberstehe, aber ebenfalls eine eingehende Erörterung des Gegenstandes für nothwendig halte und deshalb die Verweisung des Antrages an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern empfehle. Abg. Vohren trat gleichfalls für den Antrag ein, da es nothwendig erscheine, den Wirkungsbereich dieser Beamten noch erheblich zu erweitern. Er beantragte indeß, den Antrag der Budgetkommission zu überweisen. Nachdem noch die Abgg. Fehr, v. Minnigerode, v. Gynern, Dr. Reinhold, sowie der Mitanttragsteller Abg. Hise im Sinne des Antrages gesprochen, wurde derselbe

einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Eine längere Diskussion knüpfte sich an den Gesetzentwurf betreffend die Abgrenzung und Organisation der Berufsvereinigungen auf Grund des § 110 des Reichsgesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen. An dieser Debatte beteiligten sich zunächst die Abgg. Ebertz und v. Rauchhaupt. Letzterer konnte in keiner Weise anerkennen, daß die in der Vorlage eingeschlagene Organisation einen bürokratischen Charakter trage; er ist vielmehr dankbar dafür, daß die Regierung diese Organisation möglichst einfach zu gestalten gesucht habe. Der Gesetzentwurf geht an eine Kommission, nachdem Minister Lullius denselben verteidigt hatte.

Der Centralausschuß der Reichs- und freikonserватiven Partei ist in die Wahlbewegung mit folgendem Aufruf eingetreten:

Das deutsche Volk soll an der Wahlurne die Entscheidung geben über den gesicherten Fortbestand seines glorreichen Heeres unter der Führung des Kaisers. Der Ausfall der Wahl bedeutet Krieg oder Frieden; denn das gewichtige und hochernste Wort unseres Feldmarschalls Moltke: „Wir die Forderung der Regierung abgelehnt, so haben wir den Krieg ganz sicher“, läßt sich nicht deuten oder weglängern. Das deutsche Volk soll sich aussprechen, ob es die gesetzmäßige, segensreiche und ruhige Entwicklung des Deutschen Reiches, entsprechend der ersten Mahnung des Reichslanzlers, will oder eine ungewisse von äußeren Gefahren und inneren Kämpfen bedrängte Zukunft, welche den Verfall des Vaterlandes herbeiführen droht.

In dem aufgelösten Reichstage haben Ultramontane und in deren Gefolgschaft die Deutschfreimüthigen die Veresvorlage unter dem Deckmantel eines Zugeständnisses zu Falle gebracht. Den Ausschlag gaben dabei die ausgesprochenen Gegner des Deutschen Reiches: Polen, französische Elässer, Welsen, Dänen und die Sozialdemokraten.

Deutsche Wähler, könnt Ihr Euer Vertrauen setzen in Männer, welche solche Bündnisse schließen und so den wahren Willen des Volkes durch Parteimanöver fälschen!

Gegenüber dieser unmoralischen Vereinigung so verschiedenartiger Elemente haben die drei Parteien, welche Kaiser und Reich auf ihre Fahne geschrieben, sich zu gemeinsamem Vorgehen verbunden.

Jetzt ist es Sache der Wähler, zu zeigen, daß sie die Einheit und Sicherheit des Vaterlandes, welche allein Freiheit und Wohlstand gewährleisten, höher stellen, als die Interessen von Parteien, deren Herrschaftsgelüste nur nach eigener Befriedigung streben. Jetzt kommt es darauf an, Männer zu wählen, denen des Vaterlandes Größe und Sicherheit am Herzen liegt und welche den Rath Derjenigen nicht gering achten, die uns die Einheit Deutschlands und seine Machtstellung erkämpft und die schwere Aufgabe der Erhaltung des Friedens mit so vielem Erfolge seither gelöst haben.

Darum sei Niemand lässig in Erfüllung seiner Wahlpflicht! Jeder deutsche Mann, welcher unserem Volke seine im blutigen Kampfe errungenen hohen Güter nationaler Einheit und Größe, seinen Wohlstand und seine nationale Gesittung erhalten will, strebe mit Eifer und Begeisterung und unter Verzicht auf besondere Parteiwünsche darnach, daß der neue Reichstag in seiner großen Mehrheit der getreue Ausdruck der patriotischen Gefühle des deutschen Volkes werde.

Nicht auf den Sieg einer einzelnen Partei kommt es an, sondern auf das Wohl und die Sicherheit des deutschen Vaterlandes.

In der Angelegenheit des Deutschen Archäologischen Instituts in Rom schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Der „Popolo Romano“ veröffentlicht ein Schreiben Bonghi's, worin derselbe Italiener und Fremde zur Konstituierung einer archäologischen Gesellschaft in Rom auffordert, mit der Motivierung, daß das Deutsche Archäologische Institut mit April 1888 aufhöre. Letztere Angabe ist völlig unbegründet. Eine Aufhebung ist von keiner Seite beabsichtigt, da sich das Institut für die archäologische Forschung seit mehr als 50 Jahren nützlich erwiesen hat. Das Institut wird fortbestehen und seine Wirksamkeit dauernd erweitern. Ebenso wird das „Bullettino“ des Instituts nicht eingehen und an Stelle der „Annali“ das „Jahrbuch des Archäologischen Instituts“ treten.

Die „Magdeb. Ztg.“ veröffentlicht einen mit zahlreichen Unterschriften angelegener evangelischer Männer Deutschlands versehenen Aufruf des am 5. Oktober 1886 in Erfurt vorbereiteten Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutschen protestantischen Interessen. Die Unterschriften verteilen sich auf mannigfaltige Berufsstellungen und verschiedene kirchenpolitische Parteilagen. Von den Unterzeichnern des Aufrufs gehören dem Großherzogthum Baden folgende an: Bähr, Defan, Offenburg, Dr. Baffermann, Prof., Heidelberg, Engler, Oberstl. a. D., Müllheim, Dr. Helbing, Hofprediger, Karlsruhe, Maurer, Pf., Wertheim, Müßler, Defan, Mosbach, v. Wardenburg, Großh. Sächs. W. Geh.-Rath, Freiburg i. Br. In dem Aufruf heißt es:

Die Aufgabe des Bundes ist eine zweiseitige. Er will im Kampfe gegen die wachsende Macht Roms die evangelischen Interessen auf allen Gebieten wahren, der Beeinträchtigung derselben durch Wort und Schrift entgegenzutreten, dagegen allen Bestrebungen wahrer Katholizität und christlicher Freiheit im Schoße der katholischen Kirche die Hand reichen. Er will andererseits gegenüber dem Indifferentismus und Materialismus der Zeit das christlich-evangelische Gemeinbewußtsein stärken, gegenüber dem lächerlichen Parteitreiben den innerkirchlichen Frieden pflegen, gegenüber der landeskirchlichen Gethiltheit des evangelischen Deutschlands die Wechselbeziehungen zwischen den Angehörigen der einzelnen Landeskirchen beleben und mehrern. Zur Erfüllung dieser Aufgabe verpflichtet sich jedes einzelne Glied des Bundes, an seinem Theile mitzuwirken. Behufs gemeinsamer Thätigkeit organisiert sich der Bund, unter Leitung eines Zentralvorstandes sowie eines weiteren Ausschusses und gegliedert in landeskirchliche oder landschaftliche Zweigvereine, über das ganze evangelische Deutschland. Dem Vorstande tritt an die Seite eine Kommission zur Vertretung der evangelischen Interessen in der Presse. Generalversammlungen vereinigen die Bundesglieder zu persönlichem Meinungsanstand und zu den für das Ganze maßgebenden Beschlüssen. Die Kosten des Bundes werden theils durch regelmäßige Beiträge, theils durch außerordentliche Zuwendungen gedeckt.

Dortmund, 19. Jan. Bei der heutigen Landtags- ersatzwahl für den verstorbenen Dr. Löwe (Kalbe) im 5. Wahlbezirk des Regierungsbezirktes Arnsberg wurde gewählt Berggrath Schulz (natlib.) mit 1212, der konservative Gegenkandidat Landrath Ruyisch erhielt 36 Stimmen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Jan. Zur bulgarischen Angelegenheit wird der „Post“ von hier gemeldet: Die Thatsache, daß Rußland den Mächten seine Vorschläge zur Regelung der bulgarischen Angelegenheit mitgetheilt hat, wird allseitig bestätigt. Die Resignation der Regentenschaft und die Neuwahl der Sobranje bilden Hauptpunkte dieser Propositionen. Der neuen Sobranje soll die Kandidatur des Fürsten von Mingrelion unterbreitet werden und einer etwaigen Ablehnung von dieser Stelle will Rußland sich fügen. Mit der Regentenschaft sind in dieser Sache offiziell noch keine Verhandlungen eingeleitet worden, doch erklärte Katschew in Rom, die Bulgaren seien bereit, die russischen Vorschläge zu acceptiren, doch könnte die Resignation der Regentenschaft und Auflösung der Sobranje nicht gleichzeitig erfolgen, weil sonst anarchische Zustände eintreten könnten. Die Regentenschaft könne ihr Amt nur in die Hände der gegenwärtigen Sobranje zurücklegen. Diese könne eine neue Regierung ernennen, welche letztere sodann Neuwahlen für die Sobranje ausschreiben könne. Auf den Wunsch der bulgarischen Deputirten, Italien möge die Vermittlung zwischen Bulgarien und Rußland übernehmen, scheint Rußland nicht eingegangen zu sein. Nach seiner Auffassung bestünde zwischen Italien und Rußland ein viel zu greller Unterschied in der Auffassung der Sache, als daß Italien eine Vermittlerrolle mit Erfolg spielen könne. Bemerkenswerth ist die Thatsache, daß der Großvezier den bulgarischen Deputirten nach Rom telegraphirte, daß er sie mit größter Ungeduld erwarte. Der türkische Votschafter in Rom empfing die Deputirten und erklärte, er sei ermächtigt, ihnen das Wohlwollen des Sultans für das bulgarische Volk zu übermitteln.

Niederlande.

Haag, 19. Jan. In der Ersten Kammer erhob der ehemalige Minister Taf van Boortuiet Einsprache gegen, daß die belgische Regierung die Dampfer des „Norddeutschen Lloyd“ von der Zahlung der Kooftengebühren auf der Schelde, welche gemäß dem niederländisch-belgischen Vertrage vom Jahre 1839 zu zahlen wären, befreite. Der Minister des Aeußern, Van Lancker, erklärte, daß er die Ansicht Taf's theile und eine entsprechende Mittheilung bereits an die belgische Regierung gerichtet habe. Taf ersuchte den Minister, die aus obigem Vertrage sich ergebenden Rechte Hollands auch fernerhin aufrecht zu erhalten und gegen jede weitere Verletzung seitens Belgiens Einsprache zu erheben.

Frankreich.

Paris, 19. Jan. Präsident Grevy hielt heute mit dem Großfürsten Nikolaus eine Jagd im Gehölz von Marly ab (womit der beste Gegenbeweis zu den Gerüchten über einen ungünstigen Gesundheitszustand des Präsidenten geliefert ist). — In der Deputirtenkammer rückt die Budgetberathung so langsam vorwärts, daß dem Ministerium wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben wird, als noch ein drittes provisorisches Jahresbudget zu verlangen, da vor Ende nächsten Monats das Budget schwerlich in beiden Kammern zu Stande kommen kann. — Die Verwicklung zwischen den Geschäftsträgern Englands und Frankreichs an der Somalilüste, wo ein englischer Geschäftsträger die französische Flagge beseitigt hatte, ist beigelegt. Der englische Votschafter Lord Lyons theilte gestern dem französischen Minister des Auswärtigen mit, daß England den Vizekonsul King von Zeilah abzurufen beschloffen habe; derselbe werde am 24. d. M. abreisen. Florens erklärte darauf, auch der französische Konsul Henry werde von Zeilah abgerufen werden. Dem Vernehmen nach erfolgten diese Abberufungen, um betreffs einer Aktion Englands und Frankreichs an der Somalilüste (westlich vom Kap Guardafui) ein Einverständnis anzubahnen. — Die Einfuhr Frankreichs im Jahre 1886 belief sich auf 4234 1/2 Mill. (146 Mill. mehr als 1885), die Ausfuhr 3300 (212 Mill. mehr als 1885). Die Zunahme der Einfuhr kommt ganz auf Nahrungsmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate, während die Einfuhr fertiger Waaren um 11 Mill. abgenommen hat. Bei der Ausfuhr vertheilt sich die Zunahme gleichmäßig auf alle Kapitel. — Nach Bestimmungen des Kriegsministers werden dies Jahr Corpsmandöver stattfinden beim IX. Corps unter General Carre de Belle-mare und beim XVI. Corps unter Verge, bei allen übrigen Divisions- oder Brigademandöver. Die „France“ meldet, daß ein Mobilisierungsversuch beim VII. Corps unter General Legerot in Bourges, welches allerdings nur Divisionsmandöver ausführt, in Aussicht genommen sei. Die Uebungen der Klassen 74 und 75 der Territorialarmee sind auf den 21. März bis 2. April und 18. bis 30. April festgesetzt.

Da durch die letzten Kammerverhandlungen die Frage der „gehobenen Fonds“ wieder auf die Tagesordnung gebracht worden ist, dürfte es interessieren, zu erfahren, wie hoch sich dieselben in Frankreich eigentlich belaufen. Im Budget sind ausgenommen: für den Minister des Innern 2 Millionen Francs, für den Minister des Aeußern 700,000 Fr. und außerdem 535,000 Fr. für „außerordentliche Ausgaben“, für den Kriegsminister 700,000 Fr., für den Marineminister 65,000 Fr. Das sind die „officiellen“ geheimen Fonds, ist aber längst nicht Alles. Der Minister des Aeußern verfügt z. B. außerdem über einen „Dispositionsfonds“, in den sämtliche „vacante Gehälter“ fließen, d. h. die Gehaltsbeträge derjenigen diplomatischen Posten, welche eine Zeit lang nicht besetzt sind. Da nun im Laufe des Jahres zahlreiche Posten einige Wochen oder gar Monate unbesetzt gelassen werden, gelangt dadurch noch eine ganz beträchtliche

Summe „zur Disposition“ des Ministers. Der Kriegsminister hat es ebenfalls in der Hand, sich durch ein ähnliches Verfahren einen Dispositionsfonds zu bilden. Man wird daher sicherlich unter der Wahrheit bleiben, wenn man annimmt, daß die französische Regierung jährlich über fünf Millionen verfügt, über deren Verwendung sie entweder gar nicht oder doch nur in äußerster diskreter Weise Rechenschaft zu geben braucht. Es ist kaum nöthig, hinzuzufügen, daß keine andere Regierung über solche Summen verfügt.

Die Regierung hat, wie bereits gemeldet, in der Kammer einen Gesetzentwurf über die Aufhebung von 66 Unterpräfekturen eingebracht; es ist aber, obgleich sie mit dieser Vorlage nur einer Aufforderung der Kammer entspricht, noch keineswegs gewiß, wie die letztere sich dazu stellen wird, denn die 66 Plätze, denen man die Unterpräfekturen nehmen will, wehren sich energisch gegen die Maßregel. Herr Goblet hat allerdings für die Beseitigung der Unterpräfekturen durchweg kleinere Orte von geringerer Bedeutung ausgesucht, aber gerade diese kleineren Orte protestiren, da sie sonst nicht viel aufzuweisen haben, dagegen, daß man ihnen die Unterpräfekturen nimmt. Die Bewohner der betreffenden Städte ergehen sich in bitteren Klagen und in Gestalt von geschriebenem und telegraphischen Protesten geben sie ihrer Stimmung gegen ihre Vertreter im Parlament Ausdruck. Auch eine erste amtliche Kundgebung gegen die Aufhebung einer Unterpräfektur liegt, wie der „Straßb. Post“ aus Paris geschrieben wird, vor; der Gemeinderath von Lesparre nimmt diese Aufhebung einfach nicht an. Lesparre ist ein Städtchen in der Gironde, 65 Kilometer von Bordeaux, und zeichnet sich durch Wein- und Pferdehandel aus; seine Bewohner sind heißblütig und leidenschaftlich, wie alle Bewohner des südwestlichen Frankreichs. Wie groß würde erst der Kärm sein, wenn Goblet an dem Kammerbeschlusse vom Ende vorigen Jahres festgehalten und die Aufhebung aller Unterpräfekturen in Frankreich und Algier beantragt hätte! Der Ministerpräsident kann sein Gewissen damit beruhigen, daß sein Gesetzentwurf nichts ist als die Ausführung eines Kammerbeschlusses; aber was wird die Kammer, was der Senat thun? Die Ansichten sind da getheilt, je nachdem man den Vertreter eines in seiner Unterpräfektur bedrohten oder nicht bedrohten Ortes spricht. Die von Goblet beschlossene Auswahl einzelner Unterpräfekturen faßt man als eine Zurücksetzung der bedrohten Orte hinter die verschonten auf und redet sich in diesem Gedanken in große Aufregung hinein.

Italien.

Rom, 19. Jan. Die bulgarischen Delegirten stellten heute Nachmittag auch dem Ministerpräsidenten Depretis einen Besuch ab. Depretis bezog sich durchaus auf die vom Grafen Robilant abgegebenen Erklärungen und sagte, die Schwierigkeiten, denen Bulgarien begegne, würden mit Klugheit und indem man auf dem Boden der Verträge zu bleiben suche, ohne Mühe überwunden werden. — Eine Anzahl Studenten wollte zu Ehren der bulgarischen Delegirten heute Abend vor dem Hotel derselben eine Demonstration veranstalten; die Delegirten wären jedoch nicht anwesend. Die Studenten wandten sich darauf in der irrigen Annahme, die Delegirten wären zum Diner bei dem Grafen Robilant, nach dem Auswärtigen Amte, die Polizei zerstreute jedoch die Ansammlung alsbald.

Türkei.

Konstantinopel, 18. Jan. Es verlautet, daß angesichts der fortschreitenden inurrektionellen Bewegung auf der Insel Kreta der Belagerungszustand über die Insel verhängt werden soll.

Griechenland.

Athen, 18. Jan. Nach den bis jetzt bekannten Ergebnissen der Kammerwahlen verfügt das Ministerium über eine große Mehrheit; sämmtliche Minister sind gewählt. Es war nicht anders zu erwarten, nachdem sich die Opposition schon lange in kleine Gruppen aufgelöst hat und eines eigentlichen lebensfähigen Programms entbehrt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 20. Januar.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog verschiedene Vorträge, sowie die Meldung nachgeannter Offiziere entgegen: des Generalleutnants von der Burg, bisher Gouverneur von Strassburg, mit der Führung des II. Armeecorps beauftragt; des Oberstleutnants von Langenbeck, Kommandeur des Rheinischen Ulanenregiments Nr. 7; des Premierleutnants Wagner vom 1. Badischen Leib-Dragoonier-Regiment Nr. 20. — Danach fand eine Hofstafel bei den Großherzoglichen Herrschaften statt, zu welcher unter Anderen der Kaiserlich Königlich Oesterreichisch-Ungarische Gesandte Fürst von Brede, der Generalleutnant von der Burg, der Generalleutnant von Kestler, der Oberstleutnant von Langenbeck, der Chef des Generalstabs des 14. Armeecorps, Oberstleutnant von Mikusch, Einladung erhalten hatten.

Nachmittags bis Abends hörte Seine Königliche Hoheit die gewöhnlichen Vorträge.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Ludwig Wilhelm ist heute früh nach Heidelberg zurückgekehrt.

* (Der „Staatsanzeiger für das Großherzogthum Baden“) Nr. 2 vom 19. Januar enthält: a. Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse und Seine Königliche Hoheit des Großherzogs, Lebensverleihungen, Erlaubnis zur Annahme fremder Orden, Dienstinachrichten betreffend; b. Nachrichten über das Post- und Telegraphenwesen; c. Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden, nämlich des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, die Abänderung von Familiennamen und die Besetzung von Gerichtsstellen betreffend; des Ministeriums des Innern über die Apotheke in Lehlungen, die Wahlen zum Reichstag und die Bezirksarztsstelle in Ueberlingen; des Ministeriums der Finanzen über den Kaffee-Jak. Weniger; d. die Anzeige von Todesfällen. Die Einsetzung des Pfarrverweisers Frisch in Gemmingen auf die evangelische Pfarrei daselbst ist kirchenbrüderlich bestätigt. — Dem Apotheker Selme von Waldkirch, zur Zeit

in Tuttlingen, ist die persönliche Konzeption zum selbständigen Betrieb der Apotheke in Ueberlingen erteilt worden. — Dem Groß-Bezirksarzte in Ueberlingen ist der bezirksärztliche Dienst im ganzen Amts- und Amtsgerichtsbezirk Ueberlingen übertragen.

* (Das „Verordnungsblatt der Generaldirektion der Groß-Badischen Staatseisenbahnen“) Nr. 3 enthält Bekanntmachungen in Betreff folgender Gegenstände: Bestimmungen für das Publikum, Deutsche Freifahrten, Abfertigung von Traglasten, Einfuhr von Tieren etc. in die Schweiz, Maßregeln gegen die Verbreitung der Cholera, Hüllabfertigung in Budapest, Adressenverzeichnis der Wagenverwaltungen, Cisternenwagen, Zuteilung von Säuretransportwagen, Nachweisung fremder Wagen, Verzeichnis der Maximalabmessungen, Einhaltung der Termine zur Vorlage der Billets und Güterrechnungen, Uniformwesen, Aufgefundenes Geld, Dienstaufzeichnungen.

Geld wurde aufgefunden: am 2. Januar im Zuge 219 der Betrag von 10 M. und in Waldshut abgeliefert; am 4. Januar im Zuge 307 ein Geldtäschchen mit 2 M. 21 Pf. und in Zell i. B. abgeliefert; am 5. Januar im Bereiche des Bahnhofes in Bruchsal der Betrag von 2 M.

* (Der Medizinrat Dr. Knospberger), der Vertreter des 13. badischen Reichstagswahlkreises in der vorigen Legislaturperiode, hat an zahlreiche Gesinnungsgenossen folgende Zuschrift gefandt:

„Im Hinblick auf die unter dem 14. d. M. ausgesprochene Auflösung des Reichstags und die bereits angeordneten Neuwahlen bin ich so frei, Sie ergebnis in Kenntnis zu setzen, daß meine persönlichen Verhältnisse mir es durchaus unmöglich machen, mich abermals um ein Mandat zu dem Reichstag zu bewerben, bezw. ein solches zu übernehmen. Entsprechend meinen langjährigen politischen Anschauungen und den vor der Wahl im Jahre 1884 abgegebenen Erklärungen bin ich der nationalliberalen Fraktion des Reichstags beigetreten; ich kann jedoch mit großer Befriedigung feststellen, daß in fast allen wichtigen Fragen der zwei letzten Sessionen eine Uebereinstimmung und Zusammengehen mit den beiden konservativen Parteien des Reichstags möglich und gegeben war. In hervorragender Weise war dies auch der Fall bei der jüngst erfolgten Beschlußfassung über die Feststellung der Friedenspräsenzstärke des Heeres auf sieben Jahre. Einmütig haben die nationalgefinnten Parteien des Reichstags die beantragte Verminderung der Regierungsvorlage über diesen Gegenstand abgelehnt, da nach übereinstimmendem Urtheil unserer Selbstherren die Leistungsfähigkeit und das feste Gefüge unseres Heeres, dieser Grundlage des Reichs, eine derartige Feststellung erfordert, nicht minder der Friede in Europa auf unserer auf diese Weise zu stützenden und zu sichernden Nachstellung beruht, und endlich es gilt, einen Lieblingswunsch unseres großen Heidenkaisers, des Begründers des Reichs, unter Beobachtung aller verfassungsmäßigen Bestimmungen zu erfüllen. Soll dieses Ziel erreicht werden, bedarf es des entschiedenen, rücksichtslosen und begeisterten Zusammenwirkens der nationalgefinnten Parteien, unter Beobachtung ihrer Standpunkte in anderen Fragen des Staatswesens.“

* Für die Reichstagswahl im X. Badischen Wahlkreis ist dem „Hd. Beobachter“ zufolge Herr Dr. Franz Rupp als Kandidat der demokratischen und der Zentrums-partei in Aussicht genommen worden.

+ (Farrsynode.) Gestern wurde hier unter Vorsitz des Dekans Dr. Bittel die Farrsynode (Geistlichkeitsynode) der Stadtdiöcese in Anwesenheit der geistlichen Mitglieder des Oberkirchenraths und des Militär-Oberpfarrers (Karlsruhe) und des Divisionspredigers (Rastatt) abgehalten. Von den 14 Diözesangeistlichen waren zwei (Bruchsal und Rastatt) durch Unwohlsein abgehalten. Die Synode beschäftigte sich von 10—12½ Uhr mit der Verathung der Einrichtung der Farrsynoden selbst. Stadtpfarrer Schmidt von hier trug eine eingehende Denkschrift über den Gegenstand vor, an deren höchst prägnanten und reichen Inhalt sich eine eingehende Debatte angeschlossen und die schließlich dem Evangel. Oberkirchenrath unter einstimmiger Zustimmung der Synode zu dem Wesentlichen ihres Inhalts zur Berücksichtigung bei einer Revision des bisherigen Statuts empfohlen wurde. Die Denkschrift gipfelt in dem Antrag:

„1) Das Institut der Farrsynoden wird aufgehoben. Die Quartalkonferenzen unterstehen der Aufsicht des Oberkirchenraths und sind so einzurichten, daß sie wissenschaftlich anregend wirken und sämmtlichen Diözesanen Gelegenheit zum Vortrag freiwilliger wissenschaftlicher Arbeiten geben. Von den Dekanen wird über diese Quartalkonferenzen und unter Vorlage der betreffenden Arbeiten jährlich Bericht an den Oberkirchenrath erstattet. 2) Außer den für das Bistumsbiennium vorgeschriebenen Semestralarbeiten wird den Geistlichen der 10 ersten Dienstjahre jährlich die Vierung einer theologisch-wissenschaftlichen Arbeit nach frei gewähltem oder mit dem Dekan vereinbarten Thema zur Pflicht gemacht.“

Zugleich wurde der Wunsch nach dem Druck der Vorlage einmütig ausgesprochen und die Synode hofft, daß dadurch die Angelegenheit, welche noch nicht spruchreif ist, am besten gefördert werde und daß sich schließlich in irgend einer Form eine Umgestaltung dieser Einrichtung zur Befriedigung der Gesamtheit geistlich vollziehen werde. Eine Modifikation des obigen Antrags von Dr. Bittel geht noch bestimmter auf eine organische Verschmelzung der Farrsynoden mit den Pfarrkonferenzen aus und lautet folgendermaßen:

„1) Das Institut der Farrsynode soll mit dem der Quartalkonferenzen in der Weise verschmolzen werden, daß jährlich zwei obligatorische Semestralynoden stattfinden, neben welchen nach Beschluß der einzelnen Diözesen weitere — nicht obligatorische — Konferenzen stattfinden können. 2) Für diese Semestralynode, über welche unter Mitvorlage der Arbeiten jährlich ein Bericht an den Evangel. Oberkirchenrath zu erstatten und von demselben ein Generalbescheid zu erlassen ist, sind sämmtliche Geistliche der 10 ersten Dienstjahre jährlich einmal durch den Dekan zu einer wissenschaftlichen Arbeit aufzufordern. Auch die übrigen Geistlichen sind aufzufordern und bis zum 50. Lebensjahre verpflichtet, innerhalb eines Trienniums eine wissenschaftliche Arbeit oder Referat zu übernehmen, wobei von dem Dekan die Wünsche der Synode und der freiwilligen Referenten zu berücksichtigen sind. 3) Von dem bisher alle drei Jahre aufgewendeten Diätenbetrag soll für jede Semestralynode je ein Sechstheil zur Entschädigung für die Reisekosten der entfernt wohnenden Diözesanen nach Beschluß der Synode oder eines von ihm zu bestellenden Rechnungsausschusses verwendet werden.“

Der Antragsteller wollte jedoch als Vorsitzender diesen Antrag nicht weiter zur Diskussion oder Abstimmung bringen, sondern nur als weiteres Material der Vorlage beifügen. — Nach Beendigung dieser Nummer der Tagesordnung trug Stadtpfarrer Schmidt die erste Hälfte einer wissenschaftlichen Arbeit „über die unterstehenden Merkmale der biblischen Theologie“ vor, welche so großes Interesse erweckte, daß die Synode nach dem einstündigen Vortrag beschloß, diesen Gegenstand in

14 Tagen in Gestalt einer Pfarrkonferenz weiter zu behandeln und zunächst die zweite Hälfte der Schmidt'schen Arbeit und dann auch die Arbeit des Diakons Maas (Gernsbach) über eine besondere Seite desselben „über die biblische Grundlage der Mittel'schen Theologie“ zu hören. — Die übrigen Gegenstände: „Christologie des Hebräerbriefes“ und „die Umarbeitung des Lehrbuches der Geschichte der christlichen Religion“ für unsere Volksschulen, soll sodann in den weiter folgenden Pfarrkonferenzen behandelt werden. Gegen 2 Uhr erfolgte der Schluß der Synode.

* (Der Ortsgesundheitsrath) erläßt folgende Bekanntmachung: „G. Seifert, Fabrikant in Dresden-Trachenberge, preist in gedruckten Reflektoren eine „eigenartig präparierte Schafwolle“ als augenblicklich wirkendes Mittel gegen Gicht an. Dieses Mittel ist mit salzsaurem Natrium imprägnierte Watte und gegen Gicht völlig wirkungslos. Der Preis von 3 Mark für ein Paket beratiger Watte — es sind noch nicht 10 Gramm obigen Salzes, welche 50 Pf. kosten, darin enthalten — muß als schwindelhaft bezeichnet werden. Für Schwereidende empfiehlt Seifert Decken von demselben Material, welche er zu 20 Mark das Stück verkauft. Wir warnen vor dem Gebrauch dieser nutzlosen Mittel.“

* (Willingen, 19. Jan. (Die Abstimmung unseres Reichstagsabgeordneten Herrn v. Hornstein) bei den Verhandlungen über die Militärvorlage hat in unserm Wahlbezirk allgemein befriedigt und steht in allen nationalgefinnten Kreisen der Entschluß fest, für die Wiederwahl desselben mit Entschiedenheit einzutreten.

H. Rehl, 20. Jan. (Fernsprecheinrichtung.) Heute ist hier eine Stadtfersprechanstalt eröffnet und zugleich mit jener in Straßburg in Verbindung gesetzt worden. An dieser Einrichtung sind allerdings erst 5 hiesige Geschäftsfirmen beteiligt und es könnte auffallen, daß für eine so kleine Zahl von Interessenten eine derartige Verkehrsanstalt zu Stande gekommen; allein der Sachverhalt ist einfach der, daß schon seit 1885 ein hiesiges Geschäftshaus telephonisch mit unserer Nachbarstadt verbunden war und, als nun einige weitere mit Straßburg in engere Geschäftsbeziehungen stehende Firmen angeschlossen sein wollten, man, anstatt für jeden Einzelnen einen besonderen Draht dorthin zu ziehen, zur Einrichtung einer Vermittlungsstelle im hiesigen Postbureau schritt, welche einerseits mit den hiesigen Thelephonen, andererseits mit dem Vermittlungsamt in Straßburg telephonisch verbunden ist. Auf diese Weise ist nun auch unser Platz in die Reihe der Telephonstädte eingerückt und, was ein ganz besonderes Interesse bietet, die erste allgemeine Fernsprechverbindung zwischen Altdeutschland und den Reichsländern entstanden, ein weiteres Zeugnis, wie die am 11. Mai 1861 eröffnete Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl damals von den Franzosen genannt wurde, das aber, gleich dieser, jetzt zwei deutsche Lande verbindet. Bei dem lebhaften Verkehr und den vielfachen Beziehungen zwischen beiden Städten, für welche die telephonische Verbindung von großem Werte ist, werden voraussichtlich immer mehr Teilnehmer in Stadt und Dorf Rekl der neuen Verkehrsanstalt betreten, zumal Straßburg, wie man uns mittheilt, 124 Abonnenten aus allen Berufsständen zählt. Wer sich noch an die optischen Signale der großen Windmühlentaste auf der Plattform des Straßburger Münsters erinnert, welche die Nachrichten aus und nach Paris beforgte, und deren Weitergabe von Höhe zu Höhe so sehr von Licht und Wetter abhing, den wird der ungleich heitere Unterschied zwischen einst und jetzt, die im kurzen Zeitraum von wenigen Jahrzehnten liegende Entwicklung des Nachrichtenverkehrs bis zur Möglichkeit mündlichen Verkehrs auf Hunderte von Kilometer immer von Neuem mit Bewunderung erfüllen.

Verschiedenes.

* Weimar, 19. Jan. (Todesfall.) Der Groß-Ministerialdirektor Wilhelm Genast ist gestern in seinem 65. Lebensjahre einem Schlaganfall erlegen. Die deutsche Schriftstellerwelt ist dem dahingeshiedenen hochbegabten Manne namentlich für die Dienste, die er ihr als langjähriger Vorstand der Deutschen Schiller-Gesellschaft geleistet, zu Dank verpflichtet.

— Leipzig, 19. Jan. (An einer patriotischen Studentenversammlung) zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reichs haben 1200 Studenten und 70 Professoren theilgenommen. Professor Maurenbrecher hielt eine glänzende Rede gegen Windthorst, dessen politische Vörsartigkeit er an den

Pranger stellte. Es gab sich allgemeine Entrüstung über die Reichstagsmehrheit kund. Fuldigungslegation an den Kaiser, den König von Sachsen, den Fürsten Bismarck und den Grafen Moltke wurden abgesandt.

R. B. New-York, 17. Jan. (Der Ausstand der Frachtverlader) des Chesapeake- und Dismal's ist zu Ende und sind die zusammengezogenen Militärtruppen daher entlassen worden.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 20. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ meldet, daß die in Grootfontain in der Otowigegend (Südwestafrika) angeforderten Boeren auf ihren Antrag und nach Genehmigung des Kaisers unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt worden sind. Dasselbe Blatt theilt ferner mit, daß gegenwärtig in Zabern, Romansweiler und im Breuschthal seitens französischer Holzhändler bedeutende Anläufe von Brettern und Balken stattfinden, welche von der französischen Regierung bestellt sind und zur Errichtung von Militärbaracken an der deutschen Grenze bestimmt sein sollen. Mit der Eisenbahn sind bereits von Romansweiler fünf Wagen, von Nancy vier Wagen nach Verdun abgegangen, weitere Wagen sind zur Beladung bestellt. Auch in Koesheim und Oberehnheim finden gleiche Verladungen statt. Es kann hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich an der Grenze größere Truppenmassen zusammenzieht, als in den Festungen und Garnisonen daselbst untergebracht werden können. (Auf dieselbe Erscheinung hatten schon gestern die „Berl. Polit. Nachr.“ aufmerksam gemacht.)

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Freitag, 21. Jan. 13. Ab. Vorst.: „Fidelio“, Oper in 2 Aufzügen, von L. van Beethoven. Anfang 7½ Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 17. Jan. Anna Maria, B.: Karl Seng, Kanzleihilfe. — Hermann Franz Johann, B.: Hermann Schlegel, Schreiner. — 18. Jan. Emilie Karoline, B.: Hermann Horn, Kaufmann. — Frieda, B.: Eduard Schulz, Beamter. — 19. Jan. Johannes Ferdinand, B.: Johann Weidert, Kanzleibediener. — Friedrich, B.: Karl Förderer, Restaurateur.

Cheaufgabothe. 18. Jan. Hermann Hansenstein zu Neuhäusen, Eisenendreher hier, mit Luise Kerle von Mühlburg. — 19. Jan. Heinrich Diez von Ittersbach, Bäcker hier, mit Katharina Gerle von Königsbach. — Karl Jäger von Hagenweier, Bierbrauer hier, mit Barbara Siegel von Ittersweier. — Josef Adam von Ruggensturm, Bureauidiener hier, mit Luise Widenböcker von Rimbach.

Eheschließungen. 15. Jan. Ludwig Fied von Feudenheim, Bäcker alda, mit Emma Fiedel von Mühlburg. — Leopold Gessel von hier, Kaufmann hier, mit Marie Fündinger von Offenburg. — Friedrich Meier von Aue, Tagelöhner hier, mit Kath. Schweigert von Heidesheim. — Josef Köhler von hier, Blechener, mit Marie Nonnenmacher von hier. — Christian Wehmüller von Kammstatt, Metzger hier, mit Johanna Hollenrieder von Dttmaring. — Johannes Breitisch von Schabach, Schneider hier, mit Johanna Ziegler von Berwang. — 18. Jan. Karl Rießer von Untermünsterthal, Schuhmacher alda, mit Anna Weidele von hier.

Todesfälle. 18. Jan. Mathilde, Ehefrau von Kaufmann Gartner, 19 J.

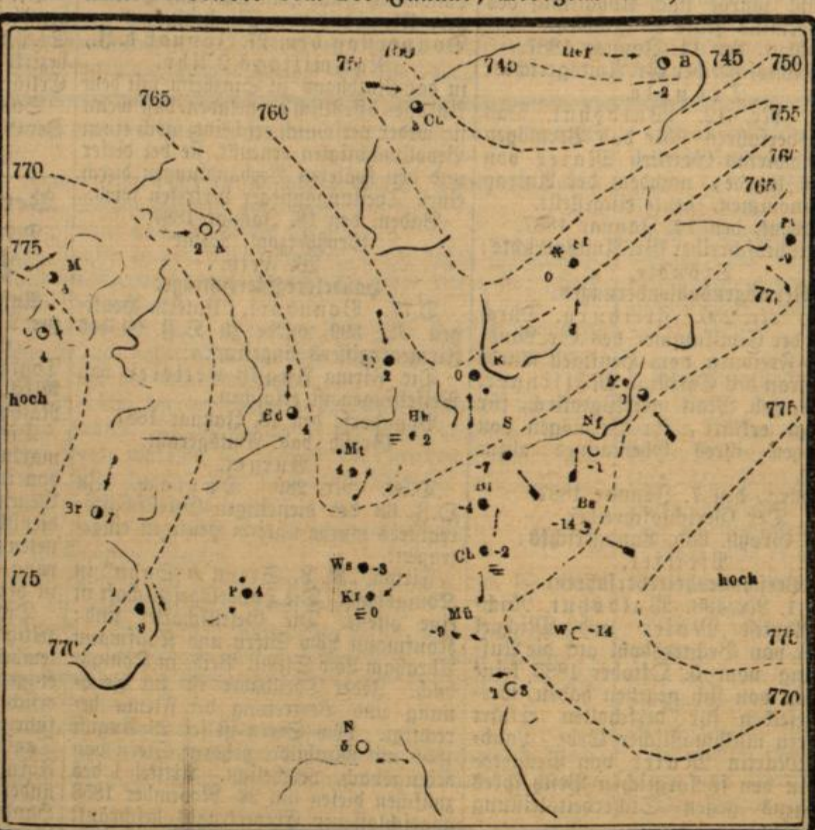
Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in mm	Relat. Feuchtigk. in %	Wind	Himmel.
19. Nachts 9 U.	760.2	-3.7	3.0	89	E	bedeckt
20. Morgs. 7 U.	756.9	-0.2	4.2	92	NE	„
20. Mittags 2 U.	758.4	+2.8	4.7	82	E	„

1) Glatteis. 2) Glatteis und Nebel.

Wasserstand des Rheins. Marau, 20. Jan., Morgs. 8.11 m, gefallen 1 cm.

Wetterkarte vom 20. Januar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Das Minimum, welches gestern nördlich von Schottland lag, ist nordwärts nach Finnmarken fortgeschritten und entfendet einen Ausläufer nach dem nordwestlichen Deutschland, wo bei mäßigen rechtsdrehenden Winden Thaumeter mit Regenfällen eingetragen ist. Auch das südwestliche Deutschland ist trocken, dagegen herrscht in Ostdeutschland, sowie in Oesterreich-Ungarn noch strenge Kälte; Neufahrwasser meldet -9½, Breslau -13½, Barnimünde -16½, Krakau -17, Wien -14½ Grad. An der deutschen Nordsee ist überall Regen gefallen. Ein barometrisches Maximum liegt südwestlich von Großbritannien, wo unter dem Einflusse lebhafter nördlicher bis westlicher Winde wieder Abkühlung eingetragen ist. (D. Gewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 20. Januar 1887.

Staatspapiere.	Bahnaktien.
4% Deutsche Reichsanleihe 106.20	Staatsbahn 202
4% Preuß. Konf. 106.10	Lombarden 80½
4% Baden in fl. 103.65	Galizier 163.—
4% „ in M. 105.05	Elbthal 132½
Deuterr. Goldrente 90.85	Medlenburger 156.20
Silberrent. 66.40	Hess. Ludwigsbahn —
4% Ungar. Goldr. 82.10	Lübeck-Büchsenfb. 158.40
1877r. Russen 96.70	Gothard 95.50
1880r. „ 82.70	Wechsel a. Ausld. 168.43
II. Orientanleihe 58.50	„ „ London 20.40
Italiener compt. 99.20	„ „ Paris 80.47
Egypter 74.80	„ „ Wien 161.05
Spanier 65.60	Napoleonsbör 16.09
5% Serben 80.—	Privatdiskonto 3¼
Banken.	Bad. Indufabrik 81.30
Kreditaktien 231½	Allalt Westereg. —
Diskonto-Kommandit 204.20	Kreditaktien 231½
Basler Bankver. 166.60	Staatsbahn 202½
Darmstädter Bank 138.40	Lombarden 80½
6% Serb. Hyp. Ob. 79.80	Lendenz: matt.

Berlin.	Wien.
Deu. Kreditakt. 479.—	Kreditaktien 290.60
„ Staatsbahn 404.—	Marknoten 62.—
Lombarden 163.—	Lendenz: reservirt.
Disk.-Kommand. 204.40	Paris.
Laurahütte 86.—	4% Rente 109.70
Dortmunder 68.90	Spanier 65½
Marienburg 42.40	Egypter 375
Medlenburger —	Ottomane 517
Lendenz: —	Lendenz: —

Todesanzeige.
D.86. Sinsheim. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Vater, Großvater und Schwiegervater, **Medizinalrath Ergelet** in Sinsheim o./G., im Alter von 76 Jahren nach längerem Leiden heute früh zu sich abzurufen.
Wir bitten um stille Theilnahme. Sinsheim, 19. Januar 1887.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Stelle-Gesuch.
D.63.2. Karlsruhe. Ein in den 30er Jahren stehender lediger Mann, früherer Courier und Herrschaftsdienste, sucht, auf 1. Referenzen gestützt, baldmöglichst Stellung als Herrschaftsdienste, Diener, Portier oder dergleichen, egal Stadt oder Land.
Zeugnisse sowie Photographie stehen zur Verfügung. Näheres Friedrichsplatz 11 Baden, links.

Röchin-Gesuch.
Eine tüchtige Köchin, welche selbständig kochen und einer besseren Küche vorstehen kann, findet zum 1. April bei hohem Lohn sehr gute Stelle. Offerten unter O. C. Nr. 290 sind an die Exped. d. Bl. zu richten. D.92.1.

Drunksucht
beseitigt, mit und ohne Wissen, Spezialist Karer-Gallati, Sinsheim. Garantiert. Unschädliche Mittel! Halbe Kosten nach Heilung! Prospekt, Fragebogen, Zeugnisse gratis! C.43.5.
Briefe postlag. Konstanz adressieren!

Jagd Verpachtung.
Die Stadtgemeinde Gernsbach läßt am **Freitag dem 4. Februar, Vormittags 11 Uhr,** auf dem Rathhaus dahier die Ausübung der hiesigen Jagd in 2 Abtheilungen, nämlich:
a. Jagdbezirk rechts der Murg, enthaltend: circa 367 Hektar Feld und 212 Walb.
b. Jagdbezirk links der Murg, enthaltend: circa 245 Hektar Feld und 170 Walb.

auf weitere 6 Jahre, bis zum 31. Januar 1893 öffentlich versteigern.
Dabei wird bemerkt, daß als Bieter nur zugelassen wird, wer im Besitze eines Jagdpasses ist, oder durch Zeugnis des Bezirksamts nachweist, daß gegen die Ausstellung eines Jagdpasses kein Bedenken obwaltet. (§ 24 d. Vollz. Verordg. zum Jagd-Ges.)
Hierzu werden Liebhaber eingeladen. Gernsbach, den 19. Januar 1887.
D. S. d. Gemeinderaths.
Abel. vdt. Fieg.

Stammholz Versteigerung.
Die Gemeinde Kitzell, Bezirksamts Lehr, versteigert in ihrem Gemeindefeld am nächsten **Dienstag den 25. d. Mts., Nachmittags 1 Uhr,** 44 Eichenstämme, darunter 17 Stück von 1,29 bis 6,59 Hektar, 4 Buchen, 7 Eichen und 4 Kirschbäume.
Kitzell, den 17. Januar 1887.
Das Bürgermeisterramt.
Wagner.

Bürgerliche Rechtspflege.
Aufgebot.
D.68.2. Nr. 1635. Heidelberg. Konrad Reusch VI., Landwirth in Aufloch, besitzt auf der Gemarkung Aufloch eine Wiese:
L. B. Nr. 1901, 15 a 38 am im Gem. wamm Schwalben, neben Jakob Wipfler I. und Ludwig Bauff Kinder,
und hat, da es ihm an einem sicheren Erwerbstitel hierüber gebricht, die Einleitung des Aufgebotsverfahrens beantragt. Es werden nun alle diejenigen, welche an der bezeichneten Liegenschaft in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragen sind und auch sonst nicht bekannte dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familienguts-Verbande beruhende Rechte haben oder zu haben glauben, aufgefordert, solche spätestens in dem auf:
Dienstag den 8. März 1887, Vormittags 9 Uhr,
— Zimmer Nr. 1 — bestimmten Termine bei dem hies. Amtsgerichte anzumelden, widrigenfalls auf Antrag die nicht angemeldeten Ansprüche für erloschen erklärt werden.
Heidelberg, den 14. Januar 1887.
Großh. bad. Amtsgericht.
Wagner.
Dies veröffentlicht
Der Gerichtsschreiber:
Braungart.

Bekanntmachung.
D.79. Karlsruhe.
Im Anschlusse an unsere Bekanntmachung vom 23. Oktober 1886 fordern wir die Inhaber der auf 1. Februar d. J. gekündigten 4% Karlsruher Obligationen von den Jahren 1862, 1879, 1880 und 1883 wiederholt auf, die Kapitalbeträge sammt den Zinsen gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen und der dazu gehörigen Zinscheine und Zinscheinanweisungen auf die Verfallzeit bei den in den Stücken genannten Zahlstellen oder bei dem **Banquise Veit L. Homburger** hier, oder der **Mitteldeutschen Creditbank** in Frankfurt a/M. und in Berlin oder dem **Banquise Delbrück, Leo & Co.** in Berlin in Empfang zu nehmen.
Karlsruhe, den 20. Januar 1887.
Der Stadtrath:
(gez.) Schnepf.
(gez.) Schumacher.

In **Ernst Mohr's Verlag** in Heidelberg ist jetzt vollständig erschienen:
Zachariae von Lingenthal, Dr. K. J., Handbuch des französischen Civilrechts, 7. Auflage. Herausgegeben von **Dr. H. Dreyer,** Reichsgerichtsrath. 4 Bände. Preis M. 28.
In dieser 7. Auflage ist die neue Doktrin und Praxis vollständig benutzt, auch der Einfluß der Reichsgesetzgebung auf das französ. Recht kurz berührt.

Die Gartenlaube
beginnt mit 1. Januar einen neuen Jahrgang
mit **H. Heimburgs** fesselndem Roman „**Hersenskränze**“ und **A. Schneegans** fiktionaler Novelle „**Speranza**“.
Zu beziehen in **Wochen-Nummern** (Preis M. 1. 60, vierteljährlich) C 97.6. oder in **14 Heften à 50 Pf.** oder **28 Halbheften à 25 Pf.** durch alle Buchhandlungen. Die Wochenausgabe auch durch die Postämter.

Thee ED. MESSMER,
Baden-Baden u. Frankfurt a. M.
Hoflieferant S. M. des deutschen Kaisers.
Russische Mischung per Pfd. Mk. 3. 50
Englische Mischung „ „ 2. 80
bei 3 Pfund franco.
C.297.1.
Um Imitation zu vermeiden, verlange man ausdrücklich:
Düsseldorfer Punsch-Syrop
von **Johann Adam Roeder,**
Hoflieferant Sr. Maj. des Königs von Preussen.

Bürgerliche Rechtspflege.
D.43.3. Nr. 352. Donaueschingen. Gustav Elsäßer, Landwirth in Steppacher Hof, Gemeinde Blumberg, vertreten durch Agent Hanger hier, hat das Aufgebot eines Einlagenscheins des Vorhofsvereins Blumberg C. G. über eine Einlage von 340 M. 35 Pf. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird angefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, 22. September d. J., Vorm. 8 Uhr, vor Großh. Amtsgericht dahier bestimmten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlos-erklärung derselben erfolgt.
Donaueschingen, 11. Januar 1887.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Gäbler.

Konkursverfahren.
D.80. Nr. 464. Waldshut. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Andreas Schellhorn von Bühl wurde nach Abhaltung des Schlußtermins heute aufgehoben.
Waldshut, den 11. Januar 1887.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Tröndle.

Vermögensabsonderungen.
D.83. Nr. 250. Freiburg. Durch Urtheil der Civilkammer des Gr. Landgerichts Freiburg vom heutigen wurde die Ehefrau des Christian Wöflinger, Auguste, geb. Mack von Waldkirch, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes absondern.
Freiburg, den 7. Januar 1887.
Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Landgerichts: Pfeiffer.

Verfallensverfahren.
D.81.1. Nr. 498. Waldshut. Nachdem **Adolf Maier** und **Michael Maier** von Bechtersbühl auf die Aufhebung vom 5. Oktober 1885 keine Nachricht von sich gegeben haben, werden dieselben für verfallenen erklärt und deren mutmaßlicher Erbe, Landwirth **Martin Maier** von Bechtersbühl, in den fürordlichen Besitz ihres Vermögens gegen Sicherheitsleistung eingewiesen.
Waldshut, den 11. Januar 1887.
Großh. bad. Amtsgericht.
(gez.) Dr. Sautter.
Die Uebereinstimmung mit der Urschrift beurkundet
Der Gerichtsschreiber: Tröndle.

Schränkt die eheliche Gütergemeinschaft auf einen beiderseitigen Einwurf von 100 M. Die Gesellschaft hat am 15. Dezember 1886 begonnen.
Durlach, den 15. Januar 1887.
Großh. bad. Amtsgericht.
Diez.

D.89. Nr. 289. Durlach. Zu D.3.77 des diesseitigen Firmenregisters — **Firma Kaufmann Rüb Stern** in Königsbach — wurde unterm heutigen eingetragen:
„Die Firma ist erloschen.“
Durlach, den 15. Januar 1887.
Großh. bad. Amtsgericht.
Diez.

D.84. Nr. 844. Vörsach. Zu D.3.3 des Genossenschaftsregisters „Allgemeiner Arbeiter-Konsumverein Vörsach“ wurde eingetragen: In der Generalversammlung vom 6. November v. J. wurde an Stelle des ausgetretenen **Heinrich Herberich** in **Kenstetten** **Eduard Peitz** hier als Vorsteher des Vereins gewählt. Stellvertreter ist **Wilhelm Reichert** von **Stetten**; Kassier: **Kosmas Krayer** hier; Beisitzer: **Johann Grether** Meyerin und **Josef Steinacher**, beide hier.
Vörsach, den 15. Januar 1887.
Großh. bad. Amtsgericht.
Vaud.

Strafrechtspflege.
Ladungen.
C.263.2. Nr. 17,492. La hr.
1. Der 25 Jahre alte ledige Fabrikarbeiter **Karl Böhler** von **Langenwinkl**, zuletzt daselbst wohnhaft.
2. Der 26 Jahre alte verh. Metzger **Friedrich Keller** von **Oberchopfheim**, zuletzt daselbst wohnhaft.
3. Der 27 Jahre alte ledige **Alexander Ritter** von **Friedenheim**, zuletzt daselbst wohnhaft.
werden beschuldigt, als beurlaubte Reservisten ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein.
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
Dieselben werden auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hierseits auf Dienstag den 8. März 1887, Vormittags 9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht La hr zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Kgl. Landwehrbezirks-Kommando zu **Hessburg** ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.
La hr, den 29. Dezember 1886.
Eggler,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
C.265.2. Nr. 601. Schwetzingen. I. Die **Erst** reservirten I. Klasse: **Peter Mathias Brenner** von **Willingen**, zuletzt wohnhaft daselbst, **Edward Wurfarb** von **Ketsch**, zuletzt wohnhaft daselbst, **Martin Gebhardt** von **Jodgrim**, zuletzt wohnhaft in **Dittersheim**; II. die Reservisten: **Valentin Waldus** von **Altshausheim**, zuletzt wohnhaft daselbst, **Philipp Schwab** von **Ketsch**, zuletzt wohnhaft daselbst; III. **Wehrmann Johann Pöhr** von **Dittersheim**, zuletzt wohnhaft in **Donsheim**, werden beschuldigt, daß sie ausgewandert sind, ohne von ihrer bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben.
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 R. St. G. B.
Dieselben werden auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hierseits auf: Freitag den 18. März 1887, Vormittags 9 Uhr, vor das Gr. Schöffengericht Schwetzingen zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 St. P. O. von dem Kgl. Landwehrbezirkskommando **Bruchsal** ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.
Schwetzingen, den 8. Januar 1887.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Sauter.

Berm. Bekanntmachungen.
D.78. Wiesloch.
Bekanntmachung.
Auf Grund höherer Verfügung wird zur Aufstellung des Lagerbuchs der **Gemarkung Schatthausen** Tagfahrt auf **Dienstag den 25. d. Mts., Vormittags 9 Uhr**, auf das Rathhaus in **Schatthausen** anberaumt. Die Grundeigentümer dieser Gemarkung werden mit dem Anfügen hievon in Kenntniß gesetzt, daß diejenigen Liegenschaften, zu deren Gunsten Grunddienstbarkeiten bestehen, dem unterzeichneten Lagerbuchbeamten unter Anführung der betreffenden Rechtsurkunden in der Tagfahrt zu bezeichnen sind.
Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgefordert, die seit 1. September 1885 in ihrem Grundeigentum eingetragenen, aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Veränderungen dem fürsitzungsbeamten in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetragenen Veränderungen sind die vorgeschriebenen Handriffe und Merkmalen vor der Tagfahrt bei dem Gemeindevorsteher oder in der Tagfahrt bei dem fürsitzungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten von Amts wegen beschafft werden müßten.
Wiesloch, den 17. Januar 1887.
Krautinger, Bezirksamtsgeometer.

Bekanntmachung.
C.307. Karlsruhe.
Den Vollzug des Sozialistengesetzes betr.
Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 ist unterm 8. d. M. ein nicht periodisches Flugblatt mit der Ueberschrift: „**Sozialisten-Marsch**“, beginnend mit den Worten: „Schon dämmert in der Ferne das Morgenroth“, Druck: **Dottingen-Zürich**, Schweizer Vereins-Buchdruckerei (Reichsanzeiger 1887, Nr. 9).
2. vom Kgl. Polizeipräsidium in Berlin unterm 16. d. M. das **„Neujahrsgruß“** „Arbeiter Berlins“ Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in **Dottingen-Zürich** (Reichsanzeiger 1887, Nr. 13), verboten worden.
Karlsruhe, den 19. Januar 1887.
Großh. Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Eilenlohr.
Blattner.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
C.310. Karlsruhe.
Im rheinisch-westfälisch-südwestdeutschen Verband wird im Verkehr mit **Eberbach** und **Mannheim** bis auf Weiteres die Fracht für Längere bei Verladung auf **Schemel- oder Kuppelwagen** zu den Sägen der betreffenden Spezial- oder Ausnahmestellen nach dem **wirklichen Gewicht** der Ladung, mindestens jedoch für 10000 kg berechnet.
Karlsruhe, den 18. Januar 1887.
General-Direktion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
C.311. Karlsruhe.
Die mit unserer Bekanntmachung vom 11. Dezember v. J. angefordigten neuen Frachttarife für den Verkehr zwischen **Deisterich-Lingarn** und den Rhein- bezw. Main- und Moselstationen **Mannheim**, **Ludwigsbühl** und **Waldshut** sind in Kraft.
Karlsruhe, den 19. Januar 1887.
General-Direktion.

Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.
C.309. Karlsruhe.
Zu den Tarifbesten 6 und 9 (Main-Neckar-Bahn-Badischer und Hessischer Ludwigsbahn-Badischer Güterverkehr) kommt mit Gültigkeit vom 1. Februar d. J. für die Beförderung von besonders benannten Gütern, welche von einem belgischen oder holländischen Dampfer zu Schiff nach **Frankfurt a. M.**, **Gustausburg** oder **Mainz** und von da nach gewissen Stationen der **Großh. Badischen Staatsbahnen** und **Vodentferntation** transportirt werden, je ein **Transit-Tarif** zur Einführung.
Karlsruhe, den 20. Januar 1887.
General-Direktion der **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen**.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
C.303.1. Karlsruhe.
Unter Bedarf an **Brennstoff** soll im Submissionswege vergeben werden, und zwar:
1. **Tannen- oder Forstholz:**
250 für **Randa**, 260 für **Heidelberg**, 130 für **Mannheim**, 420 für **Karlsruhe**, 200 für **Hessburg**, 130 für **Freiburg**, 130 für **Badel**, 230 für **Konstanz**, 200 für **Willingen**.
2. **Buchenholz:**
20 Ster für **Heidelberg** oder **Mannheim**.
100 Ster für **Konstanz**.
Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift „**Brennstoff**“ versehen bis längstens **Mittwoch den 2. Februar 1887, Vormittags 10 Uhr**, an die unterfertigte Stelle einzureichen, von welcher auf vorstehende Anfrage die Lieferungsbedingungen abgegeben werden.
Karlsruhe, den 19. Januar 1887.
Gr. Hauptverwaltung der **Eisenbahn-Waggon**.

Bekanntmachung.
D.55. Nr. 22. Wachen.
Zur Aufstellung des Lagerbuchs der **Gemarkung Wuden** wird mit Ermächtigung **Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenwesens** Tagfahrt auf **Montag den 24. d. M., Vormittags 9 Uhr**, in das Rathhaus zu **Wuden** anberaumt.
Gemäß Art. 7 der landesherrlichen Verordnung vom 11. September 1883 werden die Grundeigentümer von Liegenschaften, zu deren Gunsten Grunddienstbarkeiten bestehen, hiermit aufgefordert, dieselben in der Tagfahrt dem unterzeichneten unter Vorlage der Rechtsurkunden zu bezeichnen.
Wuden, den 17. Januar 1887.
Der Bezirksamtsgeometer:
Schid.
(Mit einer Beilage.)